

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4,50 RM., bei Selbstabholung 4,25 RM.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— RM., für 1 Monat 5.— RM.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postkontonr. Nr. 55 477. Postkontonr. Nr. 55 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18098

Interentenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1,55 RM. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Bildvorschrift 1,85 RM. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1,40 RM. Die Nekrolog-Kolonelle 0,25 RM.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Wahlsieg der tschechischen Sozialisten.

Wie man die amtliche Untersuchungskommission irreführt.

Berlin, 21. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Dieser Tage ist die nach Kommissar anstandslos militärische Untersuchungskommission zurückgekehrt und hat berichtet, daß dort alles in schönster Ordnung sei, in welcher Weise sie tatsächlich irreführt worden ist, davon weiß die Freiheit folgendes zu berichten:

Die Truppen, die den Dänholm bei Straßburg besetzt gehalten hatten, waren am Sonntagvormittag, bevor die militärische Kommission einrückte, zurückgezogen worden. Es blieben nur etwa 300—400 Mann zurück. Diesen gelang es, den Befehl der Untersuchungskommission an, alle den Dänholm fest und reise wieder ab. Nachdem die Kommission fortgerückt war, fanden sich auf irgend ein geheimes Zeichen die in der Provinz verstreuten Leute wieder nach dem Dänholm zurück und am Dienstagvormittag waren auf dem Dänholm wieder 3000 bewaffnete und wohl organisierte Leute versammelt.

Die Rege in der Reichswehr.

Berlin, 21. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Von der Art und Weise, in der die Reichswehr (systematisch) verheert wird, legt ein eben erschienenen Nachrichtenblatt des Reichswehrkommandos III Zeugnis ab, in dem es unter Ziffer 2 heißt:

Die Gemeinheiten der Sozialisten sind unerschöpflich. In einzelnen Stellen sind entwaffnete Reichswehrgeschwader in bestialischer Weise toteschlagen und verkränkt worden. Verwundeten wurde der Schädel eingeschlagen (Kölnschhof), Ohren und Nase abgeschliffen (!) (Mühlrothengebiet). Daraus geht hervor, daß jedes Verbrechen mit den Sozialisten die schwersten Folgen zeitigt. Ist das erste Wort gesprochen, so ist bereits der Keim zu den Bestallitäten gelegt.

Unter Ziffer 3 steht man:

Gegen die Volkstruppen hat eine riesige Propaganda eingesetzt, die auch schon Eingang in die Reichswehr gefunden hat. Diesem tätigen Wirken muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Die aus dem Volkstum kommenden Truppen sind Reichswehrruppen wie wir, sie sind Kampferprobte und haben schwere Entbehrungen hinter sich. Zur Zeit kämpfen sie Schulter an Schulter mit der Reichswehr und Sicherheitspolizei, um den Aufbruch niederzuschlagen.

Durch diese verlogene Rege werden die Reichswehrruppen inständig gegen die Arbeiterklasse aufgebracht und zu neuen brutalen Verbrechen aufgeführt. Und die Regierung steht dieser niederträchtigen Verheerung untätig zu!

Von der Konferenz in San Remo.

Paris, 21. April. Der Sonderberichterstatter des Internationalen Komitees, der drei Ministerpräsidenten hätten sich dahin entschieden, den Friedensvertrag nur insoweit abzuschließen, daß sie die sofort von Deutschland als Gegenseitigkeit zu zahlende Summe festsetzen. Die Frage werde am heutigen Mittwoch vor den Obersten Rat gebracht werden. An anderer Stelle meldet der gleiche Berichterstatter, ein Einverständnis über die Entlassung Deutschlands sei nicht erzielt worden, so daß eine Schlichtung der von Österreich gegen Deutschland eingeleiteten energischen Politik zu beschleunigt sei.

Paris, 20. April. (Z. U.) Nach dem Main berichtet der Gesundheitsminister zwischen Milice und Lloyd George in San Remo eine folgende Beschlüsse: Frankreich wünscht die genaue Ausführung des Friedensvertrages und eine gründliche Untersuchung Deutschlands. England steht sich mit der Abweisung Deutschlands zufrieden, will aber auf dem Kontinent Schiedsrichter zwischen den Mächten bilden, damit kein Staat die Übermacht gewinnt. Außerdem wünscht England die Deganomie im Osten. Die Stimmung des italienischen Volkes sei gegenwärtig gegen die Verbündeten und zwar hauptsächlich gegen Frankreich.

Rom, 21. April. (Z. U.) Jetzt versucht, zu einem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten mit den Alliierten zu gelangen, welches die Gewährung der Unterstützung für die besetzten Länder in sich schließen soll. Die italienischen Politiker streben danach, die politischen und militärischen Fragen den wirtschaftlichen Problemen unterzuordnen. Auf zu diesem Ergebnis zu gelangen, will nicht den Grund zu Reibungen zwischen den Alliierten aus dem Wege räumen und eine verständliche Formel für alle schwierigen Angelegenheiten finden.

Das Drängen Frankreichs auf völlige Entlassung Deutschlands.

Paris, 21. April. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten nahm einstimmig folgenden Antrag Annahme an: Die Kammer beschließt, im Interesse der Erlangung des allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen allen Völkern die völlige Entlassung Deutschlands und fordert die Regierung in aller Form auf zu verlangen, daß die durch den Versailler Vertrag festgesetzten Entlassungsbedingungen durchgeführt werden.

lern die völlige Entlassung Deutschlands und fordert die Regierung in aller Form auf zu verlangen, daß die durch den Versailler Vertrag festgesetzten Entlassungsbedingungen durchgeführt werden.

Die Entente und die Pulschgefahr.

Aus Berlin wird gemeldet: Von den alliierten Regierungen ist eine Note eingegangen, in der es heißt: Angesichts der jüngsten Verträge von neuen Pulschgefahren haben die Regierungen Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens beschlossen, ihre Gesandten in Berlin anzumelden, dem Minister des Auswärtigen zu erklären, daß die Regierungen jede Wiederkehr einer gegenrevolutionären Regierung und den Ausbruch neuer Unruhen als geeignet ansehen, die Maßnahmen zur Befestigung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands und die Nahrungsmittelversorgung zu verzögern, wenn nicht gar unmöglich zu machen.

Proteststreik deutscher Eisenbahner.

Berlin, 21. April. Das 8. Heft der Reichswehr verbreitet eine Plakatmeldung, wonach die Eisenbahner in dem von den Belgieren besetzten Gebiet in den Ausstand getreten seien. Der ganze Eisenbahndienst sei eingestellt worden.

Eine sozialistische Mehrheit im tschechisch-slowakischen Parlament.

Prag, 20. April. Nach dem Pravo Lidu wird sich die Abgeordnetenkammer wie folgt zusammensetzen: Tschechische Sozialdemokraten 77, deutsche Sozialdemokraten 22, magyarische Sozialdemokraten 10, tschechische Sozialisten 22, zusammen 141 sozialistische Mandate. Auf die bürgerlichen Parteien werden entfallen: Agrarier und Partei Sobors in der Slowakei 41, Nationaldemokraten 17, Christen 35, Gewerkschaften 4, die deutschen Parteien 40, zusammen 137 bürgerliche Mandate.

Die Stimmen der Wähler in Böhmen, Mähren und Schlesien stellen sich wie folgt (in Tausenden angegeben): Deutsche Sozialdemokraten 687, deutsche Wahlgemeinschaft 320, Bund der Landwirte 290, tschechisch-sozialistische Partei 213, tschechisch-sozialistische Partei 106. Auf die tschechischen Parteien entfallen: Tschechische Sozialdemokraten 1068, Agrarier 601, Nationalsozialisten 472, Volkspartei 469, Nationaldemokraten 380, Gewerbetreibende 122, Modraccische 53. Juden 84.

Wahlerfolge der U. S. P.

München, 20. April. (Z. U.) In der Pfalz haben soeben die Gemeindevahlen stattgefunden. In der Kreisstadt Speyer wurden 9 Reichswehrsozialisten, 4 Demokraten, 5 Unabhängige, 8 Zentrumleute und 4 deutsche Volksparteiler gewählt. In Ludwigshafen und Birkenfeld haben die Unabhängigen starke Wahlerfolge zu verzeichnen.

Budapest, 20. April. Von 40 neu zu wählenden Stadträten entfielen bei der vorerwähnten Wahl auf die Demokraten 3, die Unabhängigen (bisher im Stadtrat nicht vertreten) 12, die Deutsche Volkspartei 5, das Zentrum 7 und die sozialdemokratische Partei 12.

Entlassung der Münchener Einwohnerwehr?

Wie der Bayerische Kurier" erklärt, soll die Entlassung der Münchener Einwohnerwehr erfolgen und zwar einzeln in den Wohnungen der Wehrleute.

Polen und Danzig.

Warschau, 19. April. (Gazeta). Am 16. und 17. April fanden Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Eisenbahnminister, dem Außenminister, General Dabler und Sir Rogatynski über das deutsch-polnische Abkommen statt. Daraus wurde die Frage der Verteilung des deutschen Staatsgutes zwischen Polen und Danzig erörtert, von der der Bau eines großen Hafens abhängt. Da die Mächte hierüber keine Entscheidung getroffen haben, wurde beschlossen, daß die polnische Regierung in Paris Schritte zwecks rascher Entscheidung tun soll. Sir Reginald Tower teilt die Ansicht der tschechischen Regierung, daß Danzig ein wichtiger Hafen Polens werden müsse, zunächst Handelshafen, dann Kriegshafen (?). Die polnischen Vertreter wünschen mit Danzig die besten Beziehungen. Polen wird die Versorgung Danzigs bis zur Ernte übernehmen.

Bestige Kämpfe zwischen Bolschewisten und Japanern.

Tokio, 21. April. (Reuters). Bericht vom Ballal-See schlugen die Japaner einen erneuten Angriff der Bolschewisten in dreitägigen Kämpfen zurück. Bericht zufolge schlugen die Japaner am 8. April gemeinsam mit Semenow einen bolschewistischen Angriff aus Richtung Irkutsk ab.

Die Wahlen in der tschechisch-slowakischen Republik.

In den Parteiverhältnissen ist auf bürgerlicher Seite gegen die österreichische Seite gar manche Veränderung eingetreten. Auf tschechischer Seite ist die Nationaldemokratische Partei die Vertreterin der kapitalistischen Bourgeoisie; sie besteht aus den ehemaligen tschechischen, den früheren Staatsrechtlern und einem Teil der tschechischen realistischen Partei, der alten Partei Masaryks. Diese Partei vertritt unter Führung von Kramarisch die wirtschaftliche, politische und nationale Vorherrschaft der tschechischen Bourgeoisie im Staate. Hinter ihr steht das tschechische Bankkapital, und mit der Zionistenbank, der größten tschechischen Bank, ist sie innig verschwägert. Sie vertritt den engen Anschluß an die Entente, den Krieg gegen Sowjetrußland, und in der inneren Politik propagiert sie den Kampf gegen die Deutschen und die Juden. Der Nationaldemokratischen Partei hat sich vor einiger Zeit auch ein Teil der agrarischen Partei angeschlossen, hauptsächlich die Großgrundbesitzer, die mit der mehr demokratischen Bauernpartei der offiziellen Agrarpartei nicht einverstanden sind und die ihren Beitritt zur Nationaldemokratie damit begründeten, daß bei dieser Partei das Privateigentum mehr Schutz finde; denn die Agrarpartei hatte der Forderung nach der Sozialisierung des Großgrundbesitzes Konzessionen gemacht. Eine besondere Schwächung wird die agrarische Partei, die sich offiziell „Republikanische Partei des tschechischen Landvolks“ nennt, wohl durch diese Sezession nicht erleiden. Die Agraristen, die sich jetzt „Tschechische Volkspartei“ nennen, sind seit dem Zusammenbruch Oesterreichs etwas stiller geworden, weil sie ja die treuesten Anhänger Oesterreichs im tschechischen Volke waren. Ihnen bereiten die Postrennungsbefreiungen eines Teiles der tschechischen katholischen Gesellschaft, die auf die Gründung einer besonderen tschechisch-nationalen Kirche abzielen, schwere Sorgen. Sehr interessant und eine tschechische Besonderheit ist die „Tschechische sozialistische Partei“ unter der Führung des Nationalverteidigungsministers Kofas. Sie ist aus der von den Jungtschechen in den neunziger Jahren gegründeten nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangen, nannte sich später nationalsozialistische Partei und hat erst im Kriege den Namen Tschechische sozialistische Partei angenommen. In ihr vereinigen sich unzufriedene Kleinbürger, sozialistische Intellektuelle und viele Arbeiter, die den Weg zur Sozialdemokratie noch nicht gefunden haben. In den ersten Zeiten der Republik schien es, wie wenn es zu einer Verschmelzung dieser Partei mit der tschechischen Sozialdemokratie kommen würde, und auf die Berner internationalen Konferenz brachten sie die tschechischen Genossen auch einen Vertreter dieser Partei mit. Seither sind aber zwischen beiden Parteien wieder scharfe Gegensätze aufgetreten. Von der tschechisch-sozialistischen Partei hat sich übrigens noch während der Wahlbewegung ein kleiner Teil unter der Führung des alten Parlamentariers und Politikers Choc losgelöst, wobei aber nur persönliche Gründe eine Rolle spielten und sachliche nur mäßig norgeschoben werden. Sicher ist, daß die tschechisch-sozialistische Partei bei den Wahlen nicht schlecht abschneiden wird. Eine interessante Spezialität ist die „Partei des Fortschrittlichen Sozialismus“, die von den aus der sozialdemokratischen Partei ausgetretenen Abgeordneten Modracel und Hubec gegründet wurde. Diese beiden bildeten in der tschechischen Sozialdemokratie den äußersten nationalsozialistischen Flügel. Seit sie ausgetreten sind, führen sie in den Blättern mit den ordinärsten Mitteln einen heftigen und gefährlichen Kampf gegen die tschechische Sozialdemokratie und nähern sich dabei stark der Nationaldemokratie. Diese neueste und kleinste Partei hat fast keine Anhänger, muß aber sehr viel Geld haben, denn sie hat in wenigen Monaten mehrere Zeitungen, darunter Tagesblätter, aus dem Boden gestampft, was heute große Kapitalien erfordert. Man geht wohl nicht fehl, wenn man hinter dieser Partei verächtlichstes Knegeantentum und schmutzigste politische Korruption vermutet. Der Teil der ehemaligen Masarykschen Realistenpartei, der nicht der tschechischen Nationaldemokratie beigetreten ist, hat sich wieder gespalten. Ein Teil ist zur tschechisch-sozialistischen Partei gegangen, der andre Teil ist selbständig geblieben. Der beste Kopf unter diesen ist der Universitätsprofessor Emanuel Rabl, der in seinem Wochenblatt tapfer gegen den Nationalismus auftritt und an die besten politischen Gedanken Masaryks aus seiner altösterreichischen Zeit anknüpft.